

# **EINE STRATEGISCHE ANALYSE DES NACHHALTIGKEITSGIPFELS VON RIO 2012**

BESCHWÖRUNG EINER GRÜNEN WIRTSCHAFT VOR  
DEM HINTERGRUND STRUKTURELLER HANDLUNGS-  
UNFÄHIGKEIT DER STAATENGEMEINSCHAFT

Christoph Bals



## Zusammenfassung

Der Nachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro vom 20. bis 22. Juni 2012 demonstrierte deutlich die strukturelle Handlungsunfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft in Nachhaltigkeitsfragen. Die Regierung der Weltmacht USA ist aufgrund innerer Blockaden nur begrenzt handlungsfähig. Die geopolitischen Verschiebungen zwischen aufstrebenden und an Bedeutung verlierenden Mächten führen zu weiteren Blockaden. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise stellen immer mehr Regierungen auf einen kurzfristigen Krisenbekämpfungsmodus um. So verwundert es nicht, dass es bei den großen Fragen von Rio nur kleinschrittige Fortschritte gab: beim Arbeitsauftrag für die Entwicklung von aktionsorientierten Nachhaltigkeitszielen bis 2015, bei der institutionellen Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und Ablösung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD) sowie bei der Unterstützung einer grünen Wirtschaft im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Es ist fast erstaunlich, dass es dem Rio-Gipfel gelang, trotz aller Schwierigkeiten das Thema „Green Economy“ weltweit auf die Agenda zu setzen. Auch dies zeigt die Bedeutung multilateraler Prozesse. Aber es ist auch überdeutlich, dass sich mit diesen Prozessen allein – deren Aufgabe es ist, den Minimalkonsens zu organisieren – der Ausstieg aus dem Gefangenendilemma nicht organisieren lässt. Dazu bedarf es des Handelns einzelner Staaten und der überzeugenden Vorreiterrollen – eine gelungene Energiewende in Deutschland könnte das Zeug dazu haben. Und es bedarf der Vorreiterallianzen zwischen Staaten, um das Handeln und Verhandeln zu dynamisieren. Germanwatch schlägt mögliche Allianzen für die Zeit nach Rio zu drei Themenpaaren vor: Zugang zu Energie und Klimaschutz, Recht auf Nahrung und nachhaltige Landwirtschaft sowie Ende der Überfischung der Meere und Schutz der Ozeane.

## Impressum

**Autor:** Christoph Bals

**Redaktion:** Daniela Baum

**Herausgeber:**

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Schiffbauerdamm 15

D-10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Juli 2012

**Bestellnr.:** 12-9-02

**ISBN:** 978-3-943704-00-6

Downloadlink dieser Publikation: [www.germanwatch.org/de/4724](http://www.germanwatch.org/de/4724)

Weitere Informationen von Germanwatch zur UNCSO 2012 (Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung) unter: [www.germanwatch.org/de/rio2012](http://www.germanwatch.org/de/rio2012)

## Inhalt

1	Ein Gipfel mit Aussicht auf die planetarischen Grenzen.....	4
2	Überprüfbare Ziele für nachhaltige Entwicklung?.....	5
3	Stärkere UN-Institutionen für Nachhaltigkeit?.....	6
4	Auf dem Weg zu grünem und fairem Wirtschaften?.....	8
5	Zunehmende strukturelle Handlungsunfähigkeit .....	9
6	Gemeinsame und unterschiedliche Verantwortung in einer sich verändernden Welt .....	11
7	Einfluss der EU nur in wirkkraftigen Koalitionen mit Teilen der G77 und China .....	11
8	Multilaterale Prozesse im Kontext des Dreiklangs „Handeln, Verhandeln und Allianzen“ .....	12
8.1	Handeln .....	12
8.2	Vorreiterallianzen.....	13
8.3	Verhandeln .....	14

**... Sie finden diese Publikation interessant und hilfreich?  
Dann freuen wir uns über Ihre Unterstützung!**

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

**Spendenkonto:** 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

**Spenden per SMS:** Stichwort "Weitblick" an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

**Sicher online spenden:** <https://germanwatch.org/de/spendenformular>

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

# 1 Ein Gipfel mit Aussicht auf die planetarischen Grenzen

Vor zwanzig Jahren, nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, gab es beim Umwelt- und Entwicklungsgipfel in Rio 1992 die Hoffnung, dass nun endlich der Nord-Süd-Konflikt und zentrale Umweltherausforderungen – Klima, Biodiversität und Wüstenbildung – entschieden angepackt würden. Damals gelang es, das Thema „Nachhaltigkeit“ international auf die Agenda zu setzen und auf der Bühne der Weltöffentlichkeit wurde der „Geist von Rio“ beschworen. Parallel dazu wurde jedoch weltweit in diesen Jahren nach dem Kollaps des realsozialistischen Systems statt des bisherigen Ost-West-Systemwettbewerbs der ökonomische Standortwettbewerb<sup>1</sup> ausgerufen; soziale und ökologische Rahmensetzungen galten deshalb häufig als dem Wettbewerb hinderliche Eingriffe. Ein grenzenloser Finanzmarkt, immer mehr abgekoppelt von der Realwirtschaft, und eine globale Wirtschaft, immer weniger eingebettet in die gesellschaftliche und ökologische Mitwelt, bekamen den Weg geebnet. Hierin liegt eine zentrale Ursache für die seitdem wachsende Kluft zwischen Arm und Reich sowie zwischen den in Rio verkündeten Nachhaltigkeitszielen und dem Erreichen dieser Ziele in den meisten Ländern.

Insbesondere seit 2008 kam es zu einer Kaskade miteinander verschränkter Krisen:

- eine Energie- und Rohstoffkrise mit sehr hohen, stark schwankenden Energie- und Rohstoffpreisen;
- eine Ankopplung der Getreidepreise an die Ölpreisschwankungen, was eine Ernährungskrise einleitete und die Zahl der Hungernden auf dem Planeten von 800 Millionen auf etwa eine Milliarde Menschen ansteigen ließ;
- die Atomkatastrophe in Fukushima und das Desaster im Golf von Mexiko (Ölbohrerfall der „Deep Water Horizon“) zeigten die großen Risiken nuklear und fossil basierter Energiesysteme (mit immer schwierigerem Zugang zu den Ressourcen) auf. Große Wetterkatastrophen, etwa in Russland, Pakistan und wohl auch die in Australien, lassen sich ohne den menschengemachten Klimawandel kaum noch erklären.
- die Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren zweiter, großer Welle wir derzeit stecken, zertrümmerte den Glaubenssatz, die Wirtschaft alleine werde die Probleme schon richten.

Vermutlich wird man rückblickend sagen, dass damit die bereits seit den 1970er Jahren aufgrund von Modellen proklamierten Grenzen des Planeten begannen, sich wahrnehmbar zur Geltung zu bringen. Vom Nachhaltigkeitsgipfel im Juni 2012 in Rio<sup>2</sup> wurde als Antwort ein klares Signal der internationalen Staatengemeinschaft in dreifacher Hinsicht erhofft: für die notwendigen überprüfbaren Nachhaltigkeitsziele, für entsprechende kraftvollere UN-Institutionen und für den Paradigmenwechsel hin zu einer grünen und fairen Wirtschaft.

Was ist dabei herausgekommen?

---

<sup>1</sup> Vgl etwa: BDI, Standortpolitik, <http://www.bdi.eu/Standortpolitik.htm>

<sup>2</sup> Die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (UNCSD 2012), fand vom 20. bis 22. Juni in Rio de Janeiro statt.

## 2 Überprüfbare Ziele für nachhaltige Entwicklung?

In Rio wurde mit nicht ganz eindeutigen Mandat<sup>3</sup> ein neuer internationaler Prozess gestartet, um einen umfassenden Katalog von aktionsorientierten<sup>4</sup> und messbaren<sup>5</sup>, allerdings rechtlich nicht verbindlichen<sup>6</sup> Zielen für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Die Sustainable Development Goals (SDGs)<sup>7</sup> sollen – von 30 durch die regionalen Gruppen benannten Repräsentanten verhandelt – ab 2015 die zweite Phase der Millenniumentwicklungsziele (MDGs) ergänzen<sup>8</sup>. Wie die genaue Verschränkung der MDGs und SDGs aussehen soll, bleibt den weiteren Verhandlungen vorbehalten. Es konnte gegen die USA durchgesetzt werden, dass diese Ziele für *alle* Staaten<sup>9</sup>, nicht nur für die Entwicklungsländer, gelten sollen. Die Gruppe der Entwicklungsländer (G77 und China) ließ allerdings nicht zu, jetzt schon die *Themen* für diese Ziele festzulegen. Zu groß ist die Sorge einiger Schwellenländer, dass solche Ziele ihre wirtschaftliche Entwicklung bremsen. Obwohl viele Schwellenländer zuhause durchaus auch achtbare Erfolge aufzuweisen haben, blockierten sie alles, was den Weg Richtung Überwachung (Monitoring) und Rechenschaftspflicht (Accountability) bereitet hätte. Die fehlende Konkretisierung öffnet künftigen Blockaden Tür und Tor. Die EU setzte in der letzten Vorverhandlungsnacht<sup>10</sup> immerhin den Kompromiss durch, die Ziele sollten „auf Prioritätsgebiete um nachhaltige Entwicklung“ fokussiert sein und die Auswahl „geleitet [...] vom beschlossenen Ergebnistext“. Eine Schwäche ist, dass der Bezug zu den Menschenrechten auf Nahrung und Wasser zwar im Gesamttext<sup>11</sup>, aber im Abschnitt zu den SDGs nur indirekt<sup>12</sup> hergestellt wird. Der UN-Generalsekretär soll die ersten Vorlagen für die entsprechenden Verhandlungen liefern. Dies gibt dem Prozess immerhin ein gewisses Gewicht.

Die Debatte um die Ziele der in diesem Jahr auch vom UN-Generalsekretär gestarteten Initiative „Sustainable Energy for All“ zeigt allerdings, wie schwierig es sein wird, die notwendigen Nachhaltigkeitsziele 2015 zu verankern. Es gelang nicht einmal, die Zielsetzungen *zu begrüßen*, bis 2030 universalen Zugang zu modernen Energiedienstleistungen zu erreichen und die Rate der jährlichen Effizienzsteigerung ebenso wie den Anteil der Erneuerbaren

<sup>3</sup> „could be useful for pursuing focused and coherent action on sustainable development“, Abschlusserklärung „The Future We Want“, Para 246; allerdings ist durch spätere Formulierungen im selben Absatz vom Start eines entsprechenden Verhandlungsprozesses auszugehen: „These goals should address and incorporate in a balanced way all three dimensions of sustainable development and their inter-linkages. They should be coherent with and integrated in the United Nations Development Agenda beyond 2015 [...]“ (ibid.). Alle genannten Paragraphen beziehen sich auf die Abschlusserklärung.

<sup>4</sup> „action oriented“, para 274.

<sup>5</sup> „progress towards the achievement of the goals needs to be assessed and accompanied by targets and indicators“, para 250.

<sup>6</sup> „aspirational“, para 247.

<sup>7</sup> Paras 245ff.

<sup>8</sup> „They should be coherent with and integrated in the United Nations Development Agenda beyond 2015. [...] The development of these goals should not divert focus or effort from the achievement of the Millennium Development Goals“, para 246.

<sup>9</sup> „global in nature and universally applicable to all countries“, para 247.

<sup>10</sup> Überraschenderweise fand diese letzte Nacht am Ende der Vorverhandlungen statt – gerade bevor die Regierungschefs zum eigentlichen Gipfel anreisen. Die Brasilianische Präsidentschaft hatte ein großes Interesse, ein „Kopenhagen-Szenario“ zu vermeiden, in dem Regierungschefs in substanzielle Verhandlungen eintreten und evtl. scheitern.

<sup>11</sup> „right to food“, para 8; „right to water“, para 21.

<sup>12</sup> „are consistent with international law, build upon commitments already made“, para 246.

Energien zu verdoppeln. Die Initiative wird – ohne ausdrückliche Nennung der Ziele – lediglich *zur Kenntnis genommen*<sup>13</sup>.

Jedenfalls entfaltet jede Entscheidung über Nachhaltigkeitsziele nur Wirkung, wenn zumindest die Entwicklungsländer verbindlich finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung solcher Ziele erhalten. Aus diesem Grund kann eine bislang kaum beachtete Entscheidung von Rio an Bedeutung gewinnen: Die Regierungen vereinbarten, eine 30-köpfige Expertengruppe einzusetzen, die Optionen für eine zukünftige Strategie zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung („Sustainable Development Financing Strategy“) formulieren soll. Bis 2014 soll sie einen Bericht vorlegen, in dem sie den künftigen Finanzbedarf abschätzt, die gegenwärtigen Finanzierungsinstrumente bewertet und potenzielle neue Initiativen prüft. Dies ermöglicht, das System der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung in einem Gremium auf den Prüfstand zu stellen, in dem nicht die klassischen Geberländer dominieren.<sup>14</sup>

### 3 Stärkere UN-Institutionen für Nachhaltigkeit?

Das UN-Umweltprogramm (UNEP) wird *gestärkt und aufgewertet*<sup>15</sup>, aber eben nicht zu einer UN-Sonderorganisation weiterentwickelt. Eine solche unabhängige internationale Organisation unter dem Dach der UN (auf Augenhöhe mit WHO, ILO und FAO) hätte durch ihr Leitungsgremium – wohl die UmweltministerInnen der Mitgliedstaaten – verbindliche Entscheidungen treffen und neue Verträge und Konventionen eigenständig aushandeln können. Insbesondere die US-Regierung, aber auch Kanada, Russland und Japan blockierten diesen Durchbruch.

Immerhin wird die UN-Vollversammlung eingeladen<sup>16</sup>, auf ihrer am 18. September 2012 in New York beginnenden nächsten Jahressitzung eine Resolution zu beschließen. Das UNEP soll dabei durch universelle Mitgliedschaft<sup>17</sup> wie auch durch eine sichere, stabile und gesteigerte Finanzierung – sowohl durch das reguläre Budget der UN als auch durch freiwillige Beiträge<sup>18</sup> aufzubringen – gestärkt werden. Es bleibt allerdings noch auszuhandeln, um wie viel sich die bisher sehr geringe, für Planungssicherheit aber notwendige, stabile Finanzzuweisung aus dem UN-Budget erhöht. Zur Verhandlung steht auch, die bislang regional zerstreuten Hauptsitz-Funktionen der UNEP in Nairobi zu konzentrieren und gleichzeitig die regionale Präsenz (etwa in Büros des UN-Entwicklungsprogramms UNDP) auszubauen<sup>19</sup>. Das UNEP wird außerdem ermächtigt, UN-weite Umweltstrategien zu entwickeln<sup>20</sup>. Ein ausdrückliches Mandat für UNEP, auch koordinierende Aufgaben in Bezug auf die UN-

<sup>13</sup> „We note the launching of the initiative by the Secretary General on „Sustainable Energy for All“, para 129. Die US-Regierung hatte auch in diesem Paragraphen erfolgreich die Zusage von internationalen Finanzen blockiert, die Gruppe der Entwicklungsländer daraufhin gar den gesamten Paragraphen streichen wollen.

<sup>14</sup> Jens Martens, Das war Rio+20: Mau, mager, minimal. Doch zum Katzenjammer besteht kein Grund, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, 26. Juni 2012. ([www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org))

<sup>15</sup> „We are committed to strengthening the role of the United Nations Environment Programme as the leading global environmental authority that sets the global environmental agenda, that promotes the coherent implementation of the environmental dimension of sustainable development within the United Nations system and that serves as an authoritative advocate for the global environment.“ Para 88.

<sup>16</sup> Para 88

<sup>17</sup> Para 88a

<sup>18</sup> Para 88b

<sup>19</sup> Para 88g

<sup>20</sup> Para 88 c

Konventionen zu Klima, Biodiversität und Wüstenbildung zu übernehmen, ließ sich nicht durchsetzen. Die Möglichkeit der UNEP, Instrumente an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik voranzutreiben, wird ebenso<sup>21</sup> wie seine Rolle als eine Art *Frühwarnsystem* für kritische und – was Norwegen in den Text verhandelt hat – *sich zuspitzende Umweltfragen*<sup>22</sup> gestärkt. Dies kann angesichts der Kaskade von Umweltkrisen in naher Zukunft relevant sein. Nach dem nun absehbaren UN-Beschluss hängt die Aufwertung des künftigen UNEP davon ab, wie zielstrebig und geschickt das Team um UNEP-Chef Achim Steiner das Mandat nutzt. Die von vielen als notwendig erachtete Schlagkraft erhält UNEP durch die vorgesehenen Verbesserungen jedoch nicht.<sup>23</sup>

Es gelang auch nicht, wie im Vorfeld zur Rio-Konferenz breit diskutiert, einen wirkmächtigen *Rat für Nachhaltige Entwicklung* nach dem Vorbild des UN-Menschenrechtsrats einzurichten, der die weitgehend wirkungslose Kommission für Nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD) ersetzen sollte. Stattdessen setzte sich die von Mexiko ins Spiel gebrachte und von der G77 und China unterstützte Idee eines „*hochrangigen politischen Forums*“ für nachhaltige Entwicklung durch. Dieses Gremium, dem alle 193 Mitglieder der UN angehören, soll die CSD schrittweise ablösen<sup>24</sup> und u. a. die Beschlüsse der Konferenz von Rio (1992), Johannesburg (2002) und wieder Rio (2012) vorantreiben.<sup>25</sup> Die Stärke des sehr breiten Mandats des Forums wurde in der letzten Vorverhandlungsnacht deutlich relativiert: seine angesprochenen Funktionen sind nicht als klarer Auftrag („shall“) sondern nur noch als mögliche Aufgaben („could“) formuliert.<sup>26</sup> „Ob es mehr als ein weiteres Forum zum Austausch diplomatischer Gemeinplätze sein wird, hängt von seinem politischen Mandat und den Modalitäten seiner Arbeit ab.“<sup>27</sup> Verhandlungen der Staaten unter der UN-Generalversammlung sollen in den nächsten 12 Monaten über das Format, die Funktionsweise des Forums und sein Verhältnis zum ECOSOC (United Nations Economic and Social Council) entscheiden. Zu Beginn der UN-Generalversammlung 2013 ist das erste Treffen des hochrangigen Forums angesetzt<sup>28</sup>.

Die Staaten konnten sich auch nicht darauf einigen, einen *hochrangigen Kommissar für künftige Generationen und nachhaltige Entwicklung* einzusetzen. Die USA waren skeptisch, die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer sogar dagegen. Letztere befürchteten, dass die Rechte künftiger Generationen ihre heutige Entwicklung beschränken könnte. Die Hälfte der Menschheit ist heute jünger als 25 Jahre, aber die Staatengemeinschaft war lediglich bereit, die Notwendigkeit, Solidarität zwischen den Generationen zu fördern, zu „erwägen“ und „dabei die Bedürfnisse künftiger Generationen [zu] berücksichtigen“<sup>29</sup>. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon wurde nur eingeladen<sup>30</sup>, einen Bericht zum Thema zu präsentieren. Ein darüber

---

<sup>21</sup> Para 88d

<sup>22</sup> „Disseminate and share evidence-based environmental information and raise public awareness on critical as well as emerging environmental issues“, para 88 e.

<sup>23</sup> So auch: WBGU, Presseerklärung, Pioniere, bitte übernehmen! Rio de Janeiro/Berlin, den 22. Juni 2012.

<sup>24</sup> Para 84; schon dass es im englischen Text nicht gelang, ein großes „F“ für das Forum durchzusetzen, zeigt, auf welchen schwachen Füßen diese Aufwertung steht.

<sup>25</sup> Para 85e

<sup>26</sup> Para 85

<sup>27</sup> Jens Martens, Das war Rio+20: Mau, mager, minimal. Doch zum Katzenjammer besteht kein Grund, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, 26. Juni 2012 ([www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org))

<sup>28</sup> Para 86

<sup>29</sup> *ibid.*

<sup>30</sup> *ibid.*

verärgerter Ban Ki-moon deutete allerdings gegen Ende der Konferenz an, dass er eine hochkarätige Person als Autor einsetzen und diese dennoch als „Special Representative for Future Generations“ benennen könnte.

## 4 Auf dem Weg zu grünem und fairem Wirtschaften?

Die Staatengemeinschaft hat sich in Rio darauf verständigt, das Konzept einer „grünen Wirtschaft“ zu unterstützen. Dies geschah trotz des gemeinsamen aber differenzierten Widerstandes großer Teile der fossilen Industrie und eines Teils der Zivilgesellschaft. Ansätze grüner Wirtschaft sollen im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung<sup>31</sup> ein *wichtiges Instrument*<sup>32</sup> sein, allerdings mit der wichtigen Einschränkung: „wo es die nationalen Umstände erlauben“<sup>33</sup>. Jedes Land wird aufgefordert, „die Implementierung grüner Wirtschaftspolitiken zu erwägen“<sup>34</sup> – auch dies „in Übereinstimmung mit den nationalen Plänen, Strategien und Prioritäten für nachhaltige Entwicklung“<sup>35</sup>. Eher progressive Regierungen und die Zivilgesellschaft können diese Beschlüsse durchaus nutzen, neue Prozesse voranzutreiben und den Rechtfertigungsdruck auf sozial bzw. ökologisch problematische Wirtschaftsakteure zu erhöhen. Umgekehrt besteht aber das Risiko, dass ein Teil der Unternehmen und Regierungen „Green Economy“ nicht als Aufforderung zur Transformation, sondern als Grundlage einer „Green Washing“-Strategie nutzt, die das „weiter so“ hinter einer grünen Fassade verbirgt. Konzepte, die – wie etwa vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) gefordert – über Rhetorik hinaus nachprüfbare Fahrpläne für eine Transformation und entsprechende Berichtspflichten durchsetzen wollten, scheiterten in Rio. Es wird anerkannt, dass eine grüne Wirtschaft im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung die Fähigkeit verbessern soll, die natürlichen Ressourcen nachhaltig und mit weniger Umweltkonsequenzen zu managen, die Ressourceneffizienz zu steigern und Abfall zu reduzieren.<sup>36</sup> Derart befördert das Dokument kleinschrittige, aber nicht transformative Fortschritte beim Umbau der Wirtschaft.

Kalt abblitzen ließ die US-Regierung auch den Vorstoß der EU, Unternehmensverantwortung im Sinne von „Protect, Respect and Remedy“ („Schützen, Respektieren und Abhelfen“) der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu verankern. Demnach haben die Staaten die Aufgabe, Rechte zu schützen (protect), Unternehmen ihre Sorgfaltspflicht wahrzunehmen, selbst wenn der Staat seiner Aufgabe nicht nachkommt (respect), und die Betroffenen sollen Zugang zu Beschwerdemechanismen haben, um sich gegen Rechtsverstöße wehren zu können (remedy). Im Abschlusstext übrig blieb nur die Anerkennung von regulativen und Politikansätzen, die Initiativen der Industrie und Wirtschaft für nachhaltige Entwicklung ermöglichen sowie solche der (in aller Regel freiwilligen) Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR)<sup>37</sup>. Kann so die notwendige Rahmensetzung für eine Wirt-

<sup>31</sup> Paras 12, 56

<sup>32</sup> Para 56

<sup>33</sup> Para 63

<sup>34</sup> Para 62

<sup>35</sup> Para 59

<sup>36</sup> Vgl. Para 60

<sup>37</sup> Para 46

schaft gelingen, die die Einbettung in die Gesellschaft sowie in die ökologische Mitwelt, die gerade nicht in die Umwelt abgeschoben werden sollte, berücksichtigt?

Erfreulich ist, dass nach Rio ein weltweiter Konsens festzuhalten ist, dass das *Bruttoinlandsprodukt* (Gross Domestic Product, GDP) als *Wohlstandsindikator* nicht ausreicht.<sup>38</sup> Allerdings wurde auch dieser Text weichgespült. Er fordert nicht mehr eine Ergänzung zum GDP, beruhend auf „wissenschaftsbasierten und strikten Methoden zur Identifizierung angemessener Indikatoren“, die „effektiv im nationalen Entscheidungsprozess“ genutzt werden sollen. Das ging insbesondere der US-Regierung dann doch zu weit. Außerdem ist nun nicht der UN-Generalsekretär, sondern lediglich die Statistische Kommission der UN damit beauftragt, ein entsprechendes Arbeitsprogramm zu starten. Dennoch bietet sich hier die Chance, diverse Initiativen über alternative Indikationsmesssysteme zur Messung von gesellschaftlichem Fortschritt und Wohlstand – auch die Ergebnisse der diesbezüglichen Enquête-Kommission des Bundestages – auf globaler Ebene zusammenzuführen.

Bestehende Selbstverpflichtungen von Staaten bezüglich der *Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger* bestätigt das Abschlusspapier; die anderen Staaten werden aufgefordert zu erwägen, ob sie diese nicht auch rationaler gestalten, etwa indem sie die Subventionen neu strukturieren oder gar abschaffen.<sup>39</sup> Der Text wurde in der letzten Vorverhandlungsnacht zwar gestärkt, ist aber immer noch zu schwach. Es gelang auch, ein freiwilliges *10-Jahresprogramm für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster* durchzusetzen<sup>40</sup>, dessen Wirkkraft jedoch abzuwarten bleibt.

## 5 Zunehmende strukturelle Handlungsunfähigkeit

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hatte zu Beginn des Gipfels erklärt: „Lasst uns diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen. Die Welt schaut auf uns, ob wir Worte in Aktion übersetzen. Wir wissen, dass das gelingen muss.“ Wer den Text unbefangen liest, wird feststellen müssen, dass dies trotz einzelner Perlen nicht gelungen ist. Ein Meer von unkonkreten Absichtserklärungen, im besten Fall Prozesse mit unklaren Erfolgsaussichten, ersetzen weitgehend Taten. Nicht, dass wesentlich mehr zu erwarten gewesen wäre<sup>41</sup>. Das Ernüchternde ist vielmehr: In der gegenwärtigen Konstellation der Weltpolitik ist nicht mehr zu erwarten. Drei Gründe dafür scheinen besonders relevant:

**Erstens:** Der Horizont der einflussreichsten Regierungen dieser Welt verengt sich zunehmend auf *kurzfristiges Krisenmanagement* angesichts der Finanz-, Wirtschafts- und Verschuldungskrise. Dabei nehmen die Regierungen in Kauf, dass wir *sehenden Auges* in eine immer stärkere Überschuldung der uns tragenden ökologischen Systeme hineinsteuern, deren Konsequenzen beim Überschreiten bestimmter Kipp-Punkte dann zu neuen Krisen führen.

---

<sup>38</sup> Para 38

<sup>39</sup> Para 225

<sup>40</sup> Para 226

<sup>41</sup> Vgl. das Germanwatch-Positionspapier vor dem Gipfel: Germanwatch (Christoph Bals, Charlotte Cuntz), Die Chancen des Nachhaltigkeitsgipfels von Rio nutzen, Bonn, Juni 2012; <http://germanwatch.org/de/4658>

**Zweitens:** Die Regierung der ehemals stolzen Wissenschaftsnation USA ist aufgrund der US-internen Blockade bei Themen wie dem Klimaschutz nicht mehr zu einer wissenschaftsbasierten Führungsrolle in der Lage und international kaum noch handlungsfähig. Die fossile Lobby hat hier ganze Arbeit geleistet.<sup>42 43</sup>

**Drittens** blockiert die geopolitische Neustrukturierung der Welt den Prozess. Sie dominierte auf jeden Fall das zähe Ringen in Rio. Vielleicht wird es rückblickend als eine der größten Errungenschaften des Gipfels gelten, dass er in Bezug auf die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) für das Prinzip der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ (Common but Differentiated Responsibilities, CBDR) den Weg zu einer dynamischen Interpretation gebahnt hat, die die sich rapide verändernden<sup>44</sup> „unterschiedlichen nationalen Realitäten, Kapazitäten und Entwicklungsniveaus“<sup>45</sup> berücksichtigt. Aber nur wenn dies tatsächlich eine Ära der Kooperation statt Konfrontation einleitet im Wettlauf um die verbleibenden Ressourcen, im Kampf gegen den Klimawandel sowie in der Organisation einer fairen globalen Kreislaufwirtschaft, die den Zugang zu Energie, das Recht auf Nahrung und Wasser im Rahmen der Grenzen des Planeten organisiert.

Angesichts der drei hier beschriebenen Merkmale struktureller Handlungsunfähigkeit – *Horizontverengung* angesichts akuter Krisenbekämpfung, *Wirklichkeitsverleugnung* angesichts von Abstiegsängsten und Rivalitäten und *Instrumentalisierung der Herausforderung für nationale Stellungsvorteile im Zugang zu Land, Atmosphäre und Rohstoffen* angesichts tektonischer Verschiebungen auf geopolitischer Ebene – müssen wir mit dem WBGU das Fazit ziehen: „Die internationale Staatengemeinschaft ist derzeit nicht in der Lage, die dringend notwendige Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft in der gebotenen Geschwindigkeit und Verbindlichkeit voranzutreiben. [...] Das Ergebnis ist eine internationale Führungs- und Vertrauenskrise, eine ‚G-Null-Welt‘, in der keine Führungsmacht mehr wirkungsvoll die Initiative ergreift und keine handlungsfähigen Koalitionen zustande kommen.“ Die strukturelle Handlungsunfähigkeit der Staatengemeinschaft, die Rio so bildhaft vor Augen führte, deutet derzeit eher darauf hin, dass sich trotz der Beschwörungen einer grünen Wirtschaft insbesondere die USA und andere Industrieländer sowie die neu aufstrebenden Großmächte wie China, Indien und Brasilien daran orientieren, sich jeweils nationale Stellungsvorteile im

<sup>42</sup> Senator John Kerry, Vorsitzender des US Foreign Relations Committees, gab am 19. Juni 2010 eine viel beachtete Rede, wo er dieses Problem detailliert adressiert: „Twenty years ago this month, a Republican President of the United States helped bring together all the world’s largest economies in Rio to confront the issue of global climate change. The President was unequivocal about the mission. George Herbert Walker Bush said simply, ‘The United States fully intends to be the world’s preeminent leader in protecting the global environment,’” said Sen. Kerry. „How dramatic and sad it is that twenty years later, shockingly, we find ourselves in a strange and dangerous place on this issue – a place this former President wouldn’t even recognize. When it comes to the challenge of climate change, the falsehood of today’s naysayers is only matched by the complacency of our political system.[...]We should be compelled to fight today’s insidious conspiracy of silence on climate change – a silence that empowers misinformation and mythology to grow where science and truth should prevail. It is a conspiracy that has not just stalled, but demonized any constructive effort to put America in a position to lead the world on this issue, as President Bush promised we would and as Americans have a right to expect we will.“ Kerry, 19. Juni 2012: On Eve of Rio+20, An Honest Assessment of Climate Change Challenge, komplette Rede: <http://www.kerry.senate.gov/press/release/?id=99bb3f7a-cf20-4c1d-ae59-b9baedda1cb1>; [www.youtube.com/watch?v=yI\\_V-3KJtJM](http://www.youtube.com/watch?v=yI_V-3KJtJM)

<sup>43</sup> Aber auch die Schwellenländer ließen in Rio nicht einmal den bescheidenen Versuch zu, zumindest wissenschaftliche Kooperationen angesichts der Grenzen des Planeten („planetary boundaries“) voranzutreiben. Zu groß ist die Sorge, dass dies von den im Abstieg befindlichen Staaten des Westens genutzt werden könnte, den Aufstieg der neuen Großmächte zu deckeln.

<sup>44</sup> Ein Beispiel: Während in Rio um zusätzliche Finanzierung der Industrieländer für die Entwicklungsländer gerungen wurde, kündigte China beim G20-Gipfel in Los Cabos an, 34 Milliarden Dollar für den Krisenfonds beisteuern zu wollen. Indien und Russland kündigten an, jeweils zehn Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen.

<sup>45</sup> Para 247

Wettlauf um den Zugang zu Rohstoffen, Land und Wasser zu verschaffen. Im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte drohen neue bzw. verschärfte Krisen einen „business as usual“-Kurs hart zu bremsen.

Wir sollten uns jedenfalls nicht verwundert die Augen reiben, wenn die Welt trotz der Beschwörungen einer „grünen Wirtschaft“ in zehn Jahren auf ein Szenario zunehmender Konfrontationen im Wettlauf um Ressourcen zugesteuert ist.

## **6 Gemeinsame und unterschiedliche Verantwortung in einer sich verändernden Welt**

Besonders offensichtlich wurde dieses Gerangel um die Neuordnung der Welt bei der Debatte um das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung (CBDR). Dieses Prinzip bildete einen der Meilensteine der Rio-Deklaration von 1992. Zum ersten Mal in der Geschichte hatten die Regierungen damals ihren unterschiedlichen gegenwärtigen und historischen Beitrag zur Umweltzerstörung anerkannt – und damit auch ihre unterschiedliche Verantwortung, für die Wiederherstellung des Ökosystems und die Anpassung an Umweltschäden zu bezahlen. Die USA und Kanada wollten nun dieses Prinzip angesichts einer radikal veränderten Welt ganz abschaffen. Sie trieben damit die Gruppe der G77 und China in eine Solidarisierung, die die realen Interessensgegensätze dieser Gruppe übertünchte. Die EU wollte das Prinzip zwar beibehalten, aber angesichts der Veränderungen in der Welt neu definieren. Zwar blieb die Schlüsselfrage unbeantwortet, „wie die unterschiedliche Verantwortung jenseits der platten und in der Tat anachronistischen Aufteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer bemessen und in monetäre Größen übersetzt werden“<sup>46</sup> kann. Aber insbesondere beim Abschnitt über die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) wurde – wie oben bereits beschrieben – zwar ein Bezug zu den Rio-Prinzipien hergestellt, jedoch ergänzt, dass die „unterschiedlichen nationalen Umstände, Kapazitäten und Prioritäten“ berücksichtigt werden sollen. Dies könnte tatsächlich die Tür aufstoßen, das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung neu zu definieren.

## **7 Einfluss der EU nur in wirkräftigen Koalitionen mit Teilen der G77 und China**

Wie kann die EU angesichts der geopolitischen Veränderungen noch eine effektive Rolle spielen? Zunächst einmal ist festzustellen, dass ihr Einfluss in internationalen Verhandlungen schrumpft. Die brasilianische Präsidentschaft organisierte in Rio einen Minimalkonsens. Sie berücksichtigte zunächst im Wesentlichen die roten Linien der USA sowie die der großen Schwellenländer. Dann wurde die EU – mit ihrer in verschiedenen Teilen höheren Ambition – sehr ruppig in diesen Kompromiss hineingezwungen.<sup>47</sup> Der Preis dafür war hoch: Ein Minimalkonsens mit allzu geringer Substanz. Anders als vor 20 Jahren in Rio und auch noch vor

---

<sup>46</sup> Jens Martens, Das war Rio+20: Mau, mager, minimal. Doch zum Katzenjammer besteht kein Grund, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, 26. Juni 2012 ([www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org))

<sup>47</sup> Bei den letztlich strittigen Paragraphen strich die brasilianische Präsidentschaft einfach die Substanz oder den ganzen Satz bzw. Paragraph. Die brasilianische Verhandlungsleitung präsentierte sich am Ende von Rio sehr stolz, dass es ihr gelungen war, einen Konsens zu einem Text zu organisieren, der zwei Tage vorher noch zu zwei Dritteln umstritten war.

zehn Jahren in Johannesburg war die EU zwar noch ein wichtiger, aber nicht mehr der dominierende Akteur des Gipfels.

Keine Frage: ohne den Einsatz der EU wäre das Abschlussdokument noch wesentlich substanzloser ausgefallen. Aber wie auch bei den letzten Klima- und Biodiversitätsverhandlungen zeigte sich: ohne eine Allianz mit Akteuren aus der Gruppe der G77 und China kann sie keine Durchbrüche mehr erzielen. In Rio klopfte sie in der entscheidenden Nacht bei der Gruppe der afrikanischen Länder an. Doch als diese nicht bereit waren, insbesondere wegen einer stärkeren Aufwertung des UNEP in Nairobi, einen politischen Konflikt im High-Level-Segment des Gipfels<sup>48</sup> zu wagen, trat auch die EU den Rückzug an. Angesichts der Finanzkrise sah die EU auch nicht die Möglichkeit, das Kooperationsangebot durch neue Finanzzusagen an Afrika zu untermauern – eine weitere Einschränkung der eigenen Wirkmächtigkeit.

Allerdings hatte die EU auch einen groben taktischen Fehler begangen. Sie hatte im Vorfeld nicht ein bis drei Kernpunkte identifiziert, die sich wegen ihrer substantiellen Bedeutung international hätten politisieren lassen. Insbesondere ein neues Implementierungsabkommen im Rahmen des 25 Jahre alten Seerechtsübereinkommens der UN (UN Convention on the Law of the Sea, UNCLOS)<sup>49</sup> und Regeln für das Ende der Subventionen für fossile Energieträger hätten sich dazu geeignet. Waren an den gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen zu viele Erwartungen herangetragen worden, so an Rio 2012 zwar eine allzu breite Agenda, aber zu wenig öffentlich politisierbare Kernpunkte. Weder die Aufwertung von UN- Institutionen noch die Green Economy eigneten sich dazu.<sup>50</sup>

Immer massiver stellt sich die Frage: Kann die EU gestärkt aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgehen, indem sie nicht nur irgendwelche Wachstumspakete verabschiedet, sondern die nachhaltige Transformation der eigenen Gesellschaft vorantreibt, indem sie die eigene Abhängigkeit von Rohstoffen durch den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft deutlich abbaut und in dem sie auf dieser Grundlage mit Partnern weltweit Vorreiterallianzen aufbaut, die zugleich die multilateralen Prozesse vorantreiben?

## 8 Multilaterale Prozesse im Kontext des Dreiklangs „Handeln, Verhandeln und Allianzen“

### 8.1 Handeln

In dieser Gesamtkonstellation zeigt sich die strategische Relevanz der in Deutschland seit langem – und seit einem Jahr im Konsens aller wichtigen Parteien – vorangetriebenen *Ener-*

<sup>48</sup> Um zu vermeiden, dass – wie beim UN-Klimagipfel 2010 in Kopenhagen die Regierungschefs zu früh anreisen, hatte man offiziell sogar nur dieses High-Level-Segment „Gipfel“ genannt. Es führte nun zu einigem Unverständnis, da das Ergebnis schon vor diesem Gipfel abschließend verhandelt worden war.

<sup>49</sup> Siehe dazu insbesondere: Greenpeace, Suggested Draft High Seas Implementing Agreement for the Conservation and Management of the Marine Environment in Areas Beyond National Jurisdiction; <http://www.greenpeace.org/international/Global/international/publications/oceans/2011/Greenpeace%20draft%20Implementing%20Agreement%2013Feb2008.pdf>; Greenpeace hat dieses Thema, leider mit recht Erfolg, vorangetrieben.

<sup>50</sup> Bundesumweltminister Altmaier wies in seiner Abschlussanalyse darauf hin, dass die NGOs zu spät auf solche Themen fokussiert hätten. Einerseits machte die späte Entwicklung der offiziellen Agenda dies schwer. Gerade in Bezug auf den Abbau der fossilen Subventionen gab es dennoch diesen Versuch von vielen Akteuren. Andererseits hat Altmaier Recht: Wer die Transformation der Gesellschaft, eine Energie- und Verkehrs- sowie Landwirtschaftswende organisieren will, wer den Übergang zu einer fairen Kreislaufwirtschaft durchsetzen will, der muss besser organisiert sein.

*giewende*<sup>51</sup>. Kann ein wichtiges Industrieland, geboren aus Stahl und Kohle, den Motor seines Wohlstandsmodells so umbauen, dass das Land perspektivisch aus dem internationalen Wettlauf um fossile und nukleare Energieressourcen aussteigt? Das stattdessen darauf zusteuert, ein Land mit Ausstrahlung, aber einem Energiesystem ohne Strahlung und Emissionen zu werden? Wer international den Ausstieg aus dem Gefangenendilemma organisieren will, das die Staaten in Rio dominierte, muss diesen Nachweis antreten. Um Dynamik zu erzeugen, bedarf es einerseits des entschiedenen *Handelns* zuhause, um zu belegen, dass gesellschaftlich attraktive Ergebnisse möglich sind. Andererseits sind entsprechende *Vorreiterallianzen* notwendig, die das Handeln und Verhandeln international vorantreiben.

## 8.2 *Vorreiterallianzen*

Basierend auf dem Handeln zuhause gilt es, besagte *Vorreiterallianzen* zwischen Staaten, aber auch in Kooperation mit anderen Akteuren, anzustoßen. Nach dem Rio-Gipfel würde sich die Initiierung von zumindest drei *Vorreiterallianzen* anbieten. Zentral ist beim Zuschnitt sowohl die Unterstützung der Umsetzung des Rechts auf Entwicklung<sup>52</sup> – Zugang zu Energie, Recht auf Nahrung und Wasser – als auch der unverhandelbaren planetarischen Grenzen („planetary boundaries“). Die notwendige Wirkkraft können solche Allianzen nur entfalten, wenn sich Vorreiter sowohl aus den Industrie- als auch aus den Schwellen- bzw. Entwicklungsländern zusammenfinden. Neben der Unterstützung beim Handeln zuhause bzw. international sollte es ein Teil der Initiative sein, eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten.

- **Zugang zu Energie/Klimawandel:** Das erste Themenfeld bezieht sich auf den Zugang zu Energie und die Begrenzung des Klimawandels sowie nuklearer Risiken. Ein von Bundesumweltminister Altmaier in Rio ins Spiel gebrachter „Club der Energiewende-Länder“ könnte in diese Richtung gehen. Die in Rio angekündigte „Energy for All“-Initiative von Ban Ki-moon, die den Zugang zu nachhaltiger Energie für alle Menschen sichern will, sollte dabei eine Rolle spielen.
- **Recht auf Nahrung/nachhaltiger Umbau der Landwirtschaft:** Das Mandat von Rio für das Komitee für Welternährungssicherheit (Committee on World Food Security, CFS), in den Staaten wissenschaftsbasierte Einschätzungen über die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft und Ernährungssicherung durchzuführen<sup>53</sup>, bietet dazu einen guten Ausgangspunkt. Ein anderer interessanter Bezugspunkt ist das Bekenntnis von Rio, den massiven Trend zur Degradierung von Land umzukehren hin zu einer „land degradation neutral world“<sup>54</sup>, wozu öffentliche und private Finanzquellen beitragen sollen. Deutschland kann dank seiner umwelt- und entwicklungspolitischen Kompetenz dabei eine konstruktive Rolle spielen, sollte aber aufgrund seiner bei der aktuellen EU-Agrarreform eindrucksvoll gezeigten Bremserrolle im Hinblick auf einen nachhaltigen Umbau der eigenen Landwirtschaft bescheiden auftreten.

---

<sup>51</sup> Aus der hier vertretenen Perspektive ist die Energiewende des Stromsektors nur das Vorspiel für die anstehende Landwirtschafts- und Verkehrswende, letztlich der Großen Transformation hin zu eine fairen Kreislaufwirtschaft.

<sup>52</sup> Siehe dazu auch die in Rio vorgestellte Initiative „I like g07“, für die Umsetzung des Ziels, 0.7 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. ([g07.org/en/section-page/](http://g07.org/en/section-page/)).

<sup>53</sup> Para 115

<sup>54</sup> Para 206

- **Ende der Überfischung und Schutz der Ozeane<sup>55</sup>**: Die Ozeane werden massiv überfischt und die Ernährungsgrundlage ist dadurch vielerorts gefährdet. Die Staatengemeinschaft hat sich in Rio verpflichtet, dringend – „in der kürzesten möglichen Zeit“ – die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die Fischbestände zumindest auf dem Niveau zu bewahren bzw. dahin zurückzubringen, wo der maximale nachhaltige Fischfang möglich ist.<sup>56</sup> Zugleich steht 25 Jahre nach der entsprechenden Konvention dringend eine Implementierung für den Schutz der hohen See an. Deutschland kann bei einer solchen Initiative eine Rolle spielen, aber wichtig ist vor allem die Beteiligung von relevanteren Staaten. Australien<sup>57</sup>, die Malediven<sup>58</sup> und Mexiko<sup>59</sup> kündigten Schritte an, die deutlich mehr Ambition als der Abschlusstext erkennen ließen.

Vorreitergruppen für diese drei Themengebiete könnten zugleich wichtige Impulse für die Etablierung globaler Nachhaltigkeitsziele im Jahr 2015 geben. Wichtig ist, ein wirkungsvolles Vorreiterkonzept zu entwickeln, das über Anreize, Capacity Building, gemeinsame Workshops usw. den Kreis der progressiven Staaten Schritt für Schritt erweitert. Indem weitere progressive Nationalstaaten mitmachen, lässt sich zunehmend konstruktiver Druck auf trägere Regierungen aufbauen.

Wichtig wäre im ersten Schritt, die eigenen Werte (Was sind die angestrebten Ziele?) und die eigenen Interessen (Wie können diese so interpretiert werden, dass sie sich möglichst in die Zielsetzungen einpassen?) zu analysieren. Dies gilt es zu ergänzen durch eine strategische Auswahl („Mapping“) der Staaten der Weltgemeinschaft: Welche Staaten sind von den negativen Trends besonders stark betroffen? Welche Staaten sind Vorreiter dabei, die Chancen des Handelns zu nutzen? Welche Staaten sind besonders relevant für die Debatte? Für Deutschland wird daraus eine kohärente Strategie, wenn neben den Umwelt- und Entwicklungsministerien zumindest auch das Außenministerium daran beteiligt ist.

### 8.3 Verhandeln

Nach den nur bescheidenen Ergebnissen von Rio gibt es weiteren Gegenwind für die vor uns liegenden multilateralen Verhandlungen. Man solle doch das Handeln – je nach Vorliebe – der Industrie<sup>60</sup>, der Zivilgesellschaft<sup>61</sup> oder den Kommunen<sup>62</sup> überlassen. Nun ist ernsthaftes

<sup>55</sup> Zum Hintergrund: Brian Clark Howard; Ocean Advocates Find Silver Linings After Rio+20 Disappointment; National Geographic, 20.06.2012, <http://news.nationalgeographic.com/news/2012/06/120622-rio-20-oceans/>

<sup>56</sup> Para 168

<sup>57</sup> Australia announced that it is creating the world's largest marine reserve, setting aside 3.1 million square kilometers (1.2 million square miles) that cannot be used for commercial fishing or fossil fuel exploration. In order to offset losses incurred, the government will allocate \$100 million AUS to fishermen displaced by the new reserves. Philip Bump, Australia announces massive ocean reserve, takes early lead with bragging rights, grist, 14.6.2012; <http://grist.org/news/australia-announces-massive-ocean-reserve-takes-early-lead-with-bragging-rights/>

<sup>58</sup> The Indian Ocean archipelago of the Maldives announced at the Rio+20 summit it would create the world's biggest marine reserve to protect its fisheries and biodiversity, vgl. AFP, 20.06.2012, Maldives creates world's biggest marine reserve; <http://www.theglobeandmail.com/news/world/maldives-creates-worlds-biggest-marine-reserve/article4358525/>

<sup>59</sup> Philip Bump, Cabo Pulmo: The reef so nice, they saved it twice, 20.6.2012, <http://grist.org/news/president-calderon-kills-proposed-development-saves-coral-reef/>

<sup>60</sup> z.B. Philip Bethge, Nicht jammern! Tun!, Spiegel Online, 20.6.2012, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/rio-20-green-economy-ist-die-neue-nachhaltigkeit-a-839710.html#ref=rss>

<sup>61</sup> z.B. Mike Sandmel, Civil Society Occupies Rio + 20 Earth Summit, in Nation of Change, 2.7.2012, <http://www.nationofchange.org/civil-society-occupies-rio20-earth-summit-1341065402>; wobei Mike Sandmel durchaus wichtige Fragen an die Civil Society richtet;

<sup>62</sup> z.B. Government of Sweden, SymbioCity - the role of cities in realizing the Rio+20 agenda; <http://www.uncsd2012.org/index.php?page=view&type=1000&nr=205&menu=126>

Engagement dieser Akteure durchaus sehr willkommen. Der Gipfel von Rio hat die Etablierung eines internetbasierten Registers auf den Weg gebracht, in dem alle entsprechenden *Selbstverpflichtungen* transparent registriert werden können.<sup>63</sup> Bis zum 28. Juni wurden schon 714 Initiativen aufgelistet. Damit wird die UN noch deutlicher als bisher „Landeplatz“ für bilaterale Aktivitäten und solche anderer Akteure.

Ein Verzicht auf multilaterale Prozesse hingegen würde bedeuten, endgültig das Recht der Stärkeren an die Stelle des – ohnehin recht schwachen – Völkerrechts zu setzen; es würde bedeuten, die Regierungen aus der Pflicht zu nehmen. „Die internationalen Staatenlenker tragen nach wie vor die historische Verantwortung für die Schaffung gemeinsamer Spielregeln für die Transformationsdynamik. Letztere muss stark beschleunigt werden – denn die Natur lässt nicht mit sich verhandeln, und Kipp-Punkte im Umweltsystem könnten schon bald erreicht werden“, erinnert der Vorsitzende des WBGU, Hans Joachim Schellnhuber, „Durch Setzung weltweit respektierter Leitplanken müsste die Politik den Rahmen schaffen, in dem sich die Pioniere des Wandels kreativ entfalten.“<sup>64</sup> Die multilateralen Prozesse abzuschaffen würde auch bedeuten, den besonders verletzlichen Staaten das einzige Forum zu nehmen, in dem sie zumindest eine gewisse Stimme haben. Das Ziel einer kooperativen Lösung würde letztlich aufgegeben. Ohne solche Gipfel wäre es weder möglich, bestimmte Themen global auf die Agenda zu setzen bzw. die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, noch in der Region des Ausrichters wichtige Impulse zu setzen. So hat sich der Rio-Gipfel vermutlich schon deshalb gelohnt, weil die brasilianische Präsidentin im Vorfeld ein Veto gegen die verheerendsten Paragraphen des neuen brasilianischen Waldgesetzes einlegte.

In gewisser Weise sind multilaterale Prozesse angesichts des zunehmend polarisierenden Ressourcenwettlaufs heute wichtiger denn je. Eine Debatte darüber, wie sie zielgerichteter und wirkungsvoller laufen können, ist jedoch dringend notwendig. Das Verhandlungsforum für die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu evaluieren, wo die Regionen je einen Verhandler bestimmen und dann mit nur 30 Personen verhandeln, ist unter diesem Aspekt durchaus interessant.

Die Wichtigkeit multilateraler Prozesse zu betonen sollte andererseits aber auch nicht dazu führen, die Rolle dieser Prozesse überzubewerten. Es gilt die begrenzte Rolle, die sie spielen können, im Blick zu haben. Es ist offensichtlich, dass von ihnen in der derzeitigen geopolitischen Konstellation nicht die notwendige Dynamik ausgeht. Sie können allenfalls einen wichtigen, aber äußerst unbefriedigenden Minimalkonsens organisieren. Und dies wird sich auch nicht ändern, so lange die entscheidenden Akteure weiter auf die nächsten Krisen zusteuern. Der Ausbruch aus dem Gefangenendilemma lässt sich nur durch entschiedenes Handeln zuhause und strategische Vorreiterallianzen organisieren.

---

<sup>63</sup> Ref 283

<sup>64</sup> WBGU, Presseerklärung, Pioniere, bitte übernehmen! Rio de Janeiro/Berlin, den 22. Juni 2012

## Germanwatch

"Hinsehen, Analysieren, Einmischen" – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit sowie den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt des Einsatzes von Germanwatch für eine nachhaltige Entwicklung.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels, faire Handelsbeziehungen, einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt und die Einhaltung der Menschenrechte stark machen. Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch Büro Berlin  
Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)  
Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

Bankverbindung / Spendenkonto:  
Konto Nr. 32 123 00, BLZ 100 205 00,  
Bank für Sozialwirtschaft AG  
Spenden per SMS:  
Stichwort "Weitblick" an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.



Per Fax an:

+49 (0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.  
Büro Berlin  
Schiffbauerdamm 15  
D-10117 Berlin

### Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)  
Zahlungsweise:  jährlich  vierteljährlich  monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von  
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

E-Mail .....

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut .....

BLZ .....

Kontonummer .....

Unterschrift .....